

Fraktion **Bündnis 90 / Die Grünen** im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2008 :

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Jedes Jahr, wenn wir den Haushaltsplan unserer Gemeinde für das neue Jahr beraten, können – ja – müssen wir konstatieren, dass wir in Walldorf andere Konstellationen und Bedingungen vorfinden, wie anderorts.

Diese herausgehobene, exponierte Situation gilt es, sich immer wieder vor Augen zu halten und bei anstehenden Entscheidungen zu berücksichtigen.

Dies sind Entscheidungen, die insbesondere im investiven Bereich ihre Grundlagen haben. Diese gute, herausragende Finanzsituation führt dazu, dass wir, die Gemeinderäte, die Parteien, die Verwaltung, ihre Vorstellungen durchsetzen können.

So dürfte es nicht verwundern, dass der Haushalt der Stadt Walldorf hohe Ausgaben im Bereich der Umweltausgaben aufweist. Wir Grüne wollen dabei nicht verhehlen, dass diese Ausgaben zum großen Teil Ursache unseres politischen Handelns sind. Unter dem Stichwort Ökologie werde ich noch darauf eingehen. Sehen sie sich doch gerade die Anträge zum Haushaltsjahr 2008 an, von 12 Anträgen der Parteien, stammen 10 von Bündnis 90/ Die Grünen.

Das Wirtschaften, Haushalten auch etwas mit Verantwortung zu tun hat, mit Verantwortung für die Generationen nach uns war und ist ebenfalls Antrieb politischen Handelns für uns Grüne. Wir sind die Initiatoren zur Schaffung einer Rücklage, die von uns unter dem Namen Generationenstiftung ins Leben gerufen wurde, heute firmiert sie unter Namen „Vorkehrungen zur Zukunftssicherung“ – Risikovorsorge. Hintergrund ist die finanzielle Absicherung von Ausgaben oder Standards in Walldorf in Zeiten, wenn die Einnahmen zurückgehen oder ausbleiben.

Der erste Antrag von uns aus dem Jahr 2004 wurde hier im Gemeinderat noch abgelehnt, in den Folgejahren war er dann konsensfähig und in diesem Jahr wurde unser Antrag auf Erhöhung um 1,5 Mio. Euro vom Bürgermeister getoppt, er erhöhte den Betrag auf 5 Mio. Euro, so dass dieser Titel inzwischen ein Volumen von 25 Mio. Euro hat.

Dies lässt mich zu einem Thema kommen, das schon im letzten Jahr den Inhalt unseres Beitrags zur Haushaltsdebatte geprägt hat. Auf die vielen einzelnen Maßnahmen hier in Walldorf sind meine Vorredner schon ausführlich eingegangen, so dass diese nicht wiederholt werden müssen. Ein für uns ganz wichtiges Thema ist

Nachhaltiges Wirtschaften in Walldorf

Spätestens mit dem Bericht der UN-Kommission für Umwelt und

Entwicklung 1987 (Brundtland-Bericht) ist der Begriff der "Nachhaltigen Entwicklung" zu einem paradigmatischen Leitwert geworden. "Nachhaltige Entwicklung" bedeutet: eine langfristig orientierte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die von der Begrenztheit natürlicher Ressourcen ausgeht und die Regenerationsfähigkeit der Natur nicht überfordert; hinzu tritt der Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit, wonach die gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht auf Kosten künftiger Generationen oder anderer Regionen befriedigt werden sollen. Die Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft liegt demnach darin, das Streben der jetzigen Generationen nach Wohlfahrt und Sicherheit in Einklang zu bringen mit der Substanzerhaltung und Entwicklung der natürlichen Grundlagen des Wirtschaftens.

Nachhaltige Stadtentwicklung wird in Deutschland vor allem als ein Leitwert verstanden, der den Ressourcenschutz und die Umweltverträglichkeit in den Mittelpunkt stellt. Generell gibt es für eine nachhaltige Stadtentwicklung drei Ansatzpunkte. Es geht zum einen um die Art und Weise der Ressourcennutzung in der Stadt. Zum zweiten geht es um die stofflichen Austauschprozesse mit dem Umland und anderen Gebieten, das heißt um die Frage der ökologischen Grenzen der räumlichen Arbeitsteilung. Und zum dritten geht es um die räumlichen Ordnungsprinzipien, die sich insbesondere in den Leitbildern der "dezentralen Konzentration" und der "kompakten Stadt" manifestieren.

Nachhaltige Stadtentwicklung wird also im Kern als eine ökologisch orientierte Stadtentwicklung verstanden. Doch müssen, entsprechend der Zielsetzung der "Sustainability", ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichwertig beachtet werden.

Für nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen gibt es keine fertigen Konzepte. Die Notwendigkeit einer stärker ökologisch orientierten Ausrichtung der Wirtschaft ist anerkannt, Einigkeit besteht auch darüber, dass es im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems Möglichkeiten für ökologisches Handeln gibt. Gleichwohl sind die Ansatzpunkte, Instrumente, Chancen einer an "nachhaltiger Entwicklung" orientierten Wirtschaftspolitik - gerade auf der kommunalen Ebene - noch wenig untersucht, obwohl Planungs- und Investitionsentscheidungen hier oft im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie stehen. Deutlicher werden die Hemmnisse und Schwierigkeiten formuliert.

Lokale Agenda 21 und die Handelnden

Die auf der UNCED-Konferenz (United Nations Conference on Environment and Development) von Rio de Janeiro beschlossene Agenda 21 fordert die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen auf, gemeinsam die Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu kooperieren.

Auch wir in Walldorf haben auf dieser Basis weitgehende Veränderungen unseres Emissionsverhaltens beschlossen. Mit dem Klimaschutzkonzept und dem Ausbau zur Solarstadt wollen wir den Auswirkungen des Klimawandels begegnen.

„Global denken, lokal handeln“ lautet seit vielen Jahren ein Motto, dessen sich die Stadtratsfraktion der Grünen verpflichtet hat. Aber was bedeutet nun „global denken“? Das bedeutet, das 2005 erklärte Ziel, mit Hilfe der Klimaschutzkonzeption jährlich drei Prozent CO₂ einzusparen, es ist ein ehrgeiziges Ziel, aber eines das wir hier in Walldorf nicht aus den Augen verlieren dürfen. An diesem ehrgeizigen Ziel müssen wir konkret weiter arbeiten. Es gibt nicht nur die Notwendigkeit der Veränderung von Konsumgewohnheiten. Vordergründig geht es darum, zwei Ziele und Maßnahmen zu verfolgen, die sowohl auf Effizienzsteigerung in der Produktion als auch auf Veränderungen der Konsummuster abzielen. Wirtschaft und Kommune sind zwei Schlüsselakteure in diesem Prozess. Schon heute ist die täglich praktizierte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der Wirtschaft und den Kommunen vielfältig. Jede der beiden Seiten hat Erwartungen an die andere:

- Unternehmen erwarten sich von den Kommunen gute Standortbedingungen mit entsprechender Infrastruktur, eine offene und serviceorientierte Behandlung durch Politik und Verwaltung mit entsprechender (öffentlicher) Anerkennung als Arbeitgeber und/oder niedrige Gewerbesteuern und Gebühren. Wir haben dies ganz speziell bei den Forderungen der SAP nach Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes zu spüren bekommen.
- Die (Verwaltungs-)Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden erhoffen sich wirtschaftliche Impulse durch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, Investitionen in die Stadtentwicklung und/oder Unterstützung für gemeindliche Projekte.

Bezogen auf den Prozess der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 erweitert sich die Perspektive. Genau genommen ist zu prüfen, inwieweit die in der Zusammenarbeit gefundenen Entscheidungen und Kompromisse auf nachhaltigkeitspolitische Ziele zurückwirken und wie Zielkonflikte unter Nutzung von Strategien kommunikativer Problemlösung aufgegriffen werden können.

Zwei Beispiele: HDM und SAP. Forderungen und Wünsche werden permanent an die Stadt und den Gemeinderat gestellt und die Umsetzung soll immer zeitnah erfolgen. Jüngstes Beispiel ist hier wiederum der Wunsch nach Erweiterungsfläche der Heidelberger Druckmaschinen.

Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in Kommunen

Die Ansätze, die gewählt werden, konzentrieren sich auf die Berücksichtigung ökologischer Belange bei Flächenausweisung und Gewerbeflächenentwicklung, die Gestaltung des (Wirtschafts-)Verkehrs, die Entwicklung integrierter Entsorgungskonzepte, Eine eigene Vorbildfunktion wird am häufigsten durch die Praxis umweltfreundlicher Beschaffung in der Kommune realisiert. Es überwiegen Einzelansätze vor integrierten zusammenhängenden Konzepten.

Zwischen den Motiven einer Kommune, sich diesem Thema zuzuwenden, und den unternehmerischen Motiven bestehen teilweise deutliche Parallelen. So sind die Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit, die Realisierung von Einsparungen, Kostensenkungen, Erträge oder auch positive Imageeffekte sowohl kommunale als auch unternehmerische Beweggründe. Kommunale Motive sind weiterhin:

- die Verbesserung der gegenwärtigen Umweltsituation,
- eine langfristige Sicherung der Ressourcen für Leben und Arbeit,
- eine Stärkung der lokalen Umweltindustrie,
- eine Umstrukturierung von Krisenbranchen sowie Diversifizierung der lokalen Wirtschaftsstruktur, verbunden mit dem Ziel, einen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten.

Wenige Unternehmen hier in Walldorf haben ihre "Hausaufgaben bereits gemacht", teilweise besteht zwar eine relative Bereitschaft, in Umweltschutz auf modernstem Stand zu investieren. Daran knüpft sich auch die Erkenntnis, dass mit vorausschauenden Aktivitäten eine zu schnelle Abfolge dauernder kurzfristiger Investitionen vermieden werden kann. Umweltschutz ist für viele Unternehmen inzwischen eine betriebliche Aufgabe unter vielen. Im Management gibt es - noch eher vereinzelt - Zielvereinbarungen im Hinblick auf Umweltziele, betriebliches Umweltengagement spielt bei manchen Unternehmen auch z.B. bei Beförderungen eine Rolle. Teilweise scheint allerdings auch eine Lücke zu bestehen zwischen positiven Äußerungen von Unternehmen und der (mangelnden) strategischen Umsetzung in den unternehmerischen Kernbereichen. Auch sollte nicht unterschätzt werden, dass bei einer nicht

geringen Zahl von Unternehmen vor allem Marketing- und Imageaspekte des Faktors Umwelt im Vordergrund stehen und sich faktisch wenig ändert.

Kommunale Handlungsansätze zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens

Beispiele für konkrete Ansatzpunkte zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens in Kommunen lassen sich identifizieren und strukturieren. Teilweise gibt es bereits kommunale Aktivitäten. Nachhaltiges Wirtschaften und ökologisch orientiertes Wirtschaften sind aber keine Synonyme. Der Anspruch eines nachhaltigen Wirtschaftens geht noch einmal deutlich über den eines ökologisch orientierten Wirtschaftens hinaus. Ansätze zu einem stärker ökologisch orientierten Wirtschaften stellen gegenüber dem Status quo schon eine erhebliche Weiterentwicklung dar - auch wenn nicht alle Ansätze den Wunsch nach dem "Dreiklang" Ökonomie - Ökologie - Soziales gleichermaßen erfüllen.

Die im folgenden genannten Ansätze stellen Versuche dar, vor allem Anforderungen der Umwelt und der Wirtschaft besser aufeinander abzustimmen und zu zeigen, dass beide Bereiche - sei es unter Kostengesichtspunkten, sei es im Hinblick auf grundsätzliche Fragen der Zukunftsgestaltung - nicht länger getrennt voneinander betrachtet werden können. Das Soziale soll und muss dabei immer mitgedacht werden und scheint z.B. in Handlungsansätzen auf, die Existenzgründungen fördern, die Ausbildung und Qualifizierung zum Inhalt haben oder die Beschäftigungsinitiativen im ökologischen Bereich unterstützen. Voraussetzung aller Ansätze ist ein oft genanntes, aber häufig doch nicht umgesetztes Selbstverständnis von Stadt als Initiator, als Koordinations- und Vernetzungsstelle, auch als Moderator.

- Um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen, muss die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion wahrnehmen und ausbauen. Maßnahmen können auf einer eher übergeordneten Ebene z.B. die gemeinsame Diskussion und Erstellung eines (zunächst auch verwaltungsinternen) Leitbildes sein, hier also von Leitlinien zum Verhältnis Umwelt und Wirtschaft.
- Auch durch eine stärker auf Stadt und Region konzentrierte Beschaffung, Verarbeitung und Verwertung von Produkten können öffentliche Verwaltungen Vorbildfunktion übernehmen. Dies betrifft beispielsweise den Einkauf von Büromaterialien, Reinigungsmitteln und Baumaterialien (Handlungsempfehlungen zur umweltfreundlichen Beschaffung liegen in Walldorf bereits

vor), die Vergabe von Leistungen (z.B. im Hoch- und Tiefbau) oder den Abschluss Verträgen (z.B. mit Bauunternehmen). Hier ist unser Einsatz zu erwähnen, dass in Walldorf bei öffentlichen Bauvorhaben nur Unternehmen berücksichtigt werden, die ihre Mitarbeiter tarifkonform entlohnen.

- Durch Einführung moderner Umweltmanagementverfahren (Öko-Audit, Umweltcontrolling) können zudem ökonomische und ökologische Einsparpotentiale im Bereich des internen Verwaltungshandelns aufgezeigt werden.
- Eine Kommune kann Ansätze aufzeigen, die auf gesamtstädtischer Ebene wirken, mit dem Ziel, die Kommune als Standort zu entwickeln, an dem Umwelt und Wirtschaft aufeinander bezogen werden. Dazu können z.B. die Mitgliedschaft im Klimabündnis oder Aktivitäten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 gehören. Dabei sind, neben überzeugenden konkreten Projekten, professionelle Kommunikation und Vermittlung dieser Aktivitäten in die Öffentlichkeit hinein wichtig.
- Einen wichtigen Beitrag zu kommunalen Klimaschutzstrategien können neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Energieversorgern sowie der Kommune und anderen lokalen Gruppen leisten. Durch branchenbezogene Beratungs- und Anreizprogramme können Gewerbe und Industrie zu Energiesparmaßnahmen motiviert und branchenspezifische Energiesparpotentiale ausgeschöpft werden. Hier sehen wir insbesondere die Stadtwerke Walldorf in der Pflicht
- Durch die Förderung von Umweltmanagement und Öko-Audit in Betrieben können Sparpotentiale bei den Kosten aufgedeckt werden und Betriebe das Verhältnis von Aufwand und Ertrag verbessern. Bei den "weichen" Instrumente gehen einzelne Städte den Weg, z.B. im Rahmen von Aktivitäten zur Lokalen Agenda das Thema "Umwelt und Wirtschaft" über "Tische" zu intensivieren, mit dem Ziel konkrete und "nützliche" Projekte zu entwickeln und verschiedene (ausgewählte) Akteure aus den beiden Bereichen zusammenzubringen.
- Städtische Gewerbegebiete werden in Walldorf inzwischen vielfach mit ökologischen Kriterien versehen und nach ökologischen Kriterien ausgewiesen. Wichtig ist, dass diese Gewerbegebiete sowohl den Ansprüchen der Wirtschaft genügen als auch in ein ökologisch ausgerichtetes Stadtentwicklungskonzept eingebettet sind. Hier gewinnen Kriterien für das Gestalten von umweltgerechten Gewerbegebieten in zweifacher Hinsicht an Bedeutung: zum einen im Hinblick auf die planerische Gestaltung, zum anderen auf eine branchenbezogene Bewertung der

Umweltverträglichkeit von Betrieben.

Eigenleistung der Kommune scheint unerlässlich (z.B. für Förderprogramme, externe Moderation, Gutachten). Walldorf ist keine Gemeinde, die "kein Geld hat" und kennt auch den "richtigen" Umgang mit Fördertöpfen, denn darin gibt es ja genug Übung und über ausreichende Personalkapazitäten verfügen wir ebenfalls.

Realisierungschancen einer nachhaltigen Wirtschaft(spolitik) in Kommunen und Regionen

Kommunen (und damit auch die kommunale Wirtschaftspolitik) existieren und handeln unter einer Reihe von Rahmenbedingungen, die von Kommunen nur schwer zu beeinflussen und kaum zu steuern sind. Die Folgen aus der Integration Europas, aus der Globalisierung der Wirtschaft, die sich in größerer Standortabhängigkeit von Unternehmen, in wachsender Konkurrenz niederschlagen, wirken auch in die Kommunen zurück. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken sowie die Entwicklung und Produktion neuer Technologien wirken auf die Kommunen: durch Veränderungen der Flächennachfrage und des Kommunikationsverhaltens. Dies dürfte gerade bei Walldorfs größtem Steuerzahler, der SAP, einen ganz wesentlichen Faktor darstellen und in Zukunft eine große Rolle spielen, die besonders im Fokus von Gemeinderat und Stadtverwaltung stehen muss.

Im Speziellen möchte ich jetzt noch auf zwei Themen eingehen, die in der Agenda von uns Grünen eine besondere Rolle, eine hervorgehobene Position einnehmen.

1. Ein Rückblick Sport – und Kulturhalle

und Ausblick auf das Bauvorhaben Hallenbad

Uns Grünen ist es ein Bedürfnis, in Zeiten, in denen nach wie vor die Einnahmeseite unserer Stadt sich so gut darstellt, an das Jahr 2003 zu erinnern. Und hier im Besonderen auf die Sport – und Kulturhalle, die ja nun in einem gewaltigen, aufwendigen Rahmen im Januar 2008 eingeweiht wurde. Wir rufen diese Diskussion noch einmal in Erinnerung, weil wir gerade dabei sind, die Fehler von damals zu wiederholen. Denn solche Phänomene entstehen und gedeihen nur in Zeiten überquellender Geldmittel. Denn nur dann hat man auch eine eingeschränkte Sichtweise, sieht nur das Jetzt und weniger das Zukünftige, später belastende.

Es wurde schon vielfach so bezeichnet, Walldorf erlebte 2003 zum ersten Mal ein kommunalpolitisches Highlight, einen Bürgerentscheid. Eine

Bürgerinitiative in Zusammenarbeit mit der Grünen Fraktion und des grünen Ortsverbandes sammelte innerhalb von 4 Wochen mehr als 2200 Unterschriften von Wählerinnen und Wählern, um einen Bürgerentscheid herbei zu führen, der die Dimensionen dieser Halle zurechtrückte.

Bei den Feierlichkeiten zur Einweihung der Halle haben wir den Dank auch von Ihnen, Herr Bürgermeister für diese Bewegung vermisst. Dank auch deswegen, weil wir heute eine Halle haben, die den Bedürfnissen gerecht wird und die 10 Millionen Euro günstiger war.

Warum erwähnen wir das hier so besonders?

Weil der größere Teil unserer Fraktion das Gefühl nicht los wird, dass aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt wurde. Auch, weil sich einige Mitstreiter von damals von der Weitsicht, die damals unser Handeln geprägt hat, verabschiedet haben und mitverantwortlich sind für ein neues Großprojekt, das wiederum viel zu groß ist, die Sanierung des Hallenbads

Ich rufe in Erinnerung, erste Sanierungsplanungen schlossen in einer Höhe von 4,8 Mio. Euro ab.

In einer Klausur im Jahr 2007 Festlegung auf eine Sanierung, kein Neubau, weil alle Untersuchungen von einer guten Substanz des Gebäudes ausgehen. Kostenrahmen 6,8 Mio. Euro.

Weitere Planungen liegen vor bis zu einer Höhe von 14 Mio. Euro. Jetzt der Beschluss im Gemeinderat, einen Wettbewerb auszuschreiben mit einem Volumen von 10 Mio. Euro, der als Alternative auch einen Neubau zulässt. In der Ausschreibung sollen optional Planungen für ein beheiztes Außenschwimmbecken, ein ökologischer Schwachsinn, ich muss es so bezeichnen, und eine Riesenrutsche vorgesehen werden.

Von den fanatischen Geldausgebern wird jetzt schon argumentiert, dass die Optionen nicht in der Kostendeckelung von 10 Mio. Euro enthalten sein würden, dass diese Kosten zusätzlich in Ansatz zu bringen seien.

Die Außenanlage ist ebenfalls noch nicht im Kostenrahmen enthalten.

Alle, tatsächlich alle Fraktionen, haben bei der Haushaltsverabschiedung 2007 von nachhaltigem Wirtschaften gesprochen! Als es eine Woche später nichtöffentlich um den Parkplatz am Schulzentrum ging war davon bei den anderen Fraktionen schon nichts mehr zu spüren – diese wollten die teuerste Variante.

Wir warnen erneut vor einem großen wirtschaftlichen Fehler, denn anders als bei der Sport – und Kulturhalle, bei der die Baukosten im Vordergrund standen, werden beim Hallenbad die Folgekosten uns in die Tiefe reißen. Nicht umsonst werden viele Bäder geschlossen, weil die Unterhaltung viel zu teuer ist. Schon jetzt, beim maroden, alten Bad haben die Betriebs –und Unterhaltskosten in einer Höhe, dass bei kostendeckenden Eintrittspreisen niemand mehr kommen würde.

Bei den Beratungen zum Bauvorhaben Hallenbad haben die Überlegungen der Gemeinde St. Leon-Rot noch keine Rolle gespielt. Spätestens jetzt muss die Ankündigung des Neubauvorhabens für ein Hallenbad dort bei unseren Überlegungen eine wesentliche Rolle spielen.

Wir garantieren schon jetzt politische Aktionen, sollte bei der Sanierung oder einem Neubau der Kostenrahmen maßlos aus dem Ruder laufen.

2. Ökologie

Wir haben schon aus der Rede zum HH 2004 zitiert, jetzt noch einmal: „Die Einspeisevergütung für Solarstrom hat eine Höhe, die den Bau von Photovoltaikanlagen rentabel macht. Hier erwarten wir von den Stadtwerken Walldorf weitere Projekte in dieser Richtung. Wir wünschen und hoffen, dass bei den SW Walldorf der Bereich dauerhaft umweltverträglicher Energieerzeugung einen breiteren Raum einnimmt.“ Deshalb begrüßen wir außerordentlich den Bau einer Freiflächen-Fotovoltaik-Anlage mit einer Leistung von einem Megawatt – sie wird also etwa 350 Anlagen auf Privathäusern entsprechen. Dabei handelt es sich um eine gut kalkulierte Investition, die sich dank der für 20 Jahre gesetzlich garantierten Einspeisevergütung auch wirtschaftlich rechnet und wir Grüne haben die Hoffnung, dass es in dieser Form bei den Stadtwerken weitergeht.

Hervorheben und besonders würdigen muss man an dieser Stelle den unermüdlichen Einsatz unseres Fraktionskollegen Walter Hecker, der als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der SWW, die treibende Kraft beim Bau der Fotovoltaikanlage war.

Grüne gibt es nun schon mehr als zwanzig Jahre im Walldorfer Gemeinderat, wir haben vieles bewegt, angestoßen, verändert, ins öffentliche Bewusstsein gebracht und fühlen uns immer wieder als Mahner, als pedantische Erinnerer, den Bereich der Ökologie nicht oder nicht nur als ökonomisches Anhängsel zu betrachten.

Auch im Haushaltsplan 2008 laufen Zuschussprogramme weiter, die durch unser Engagement eingerichtet wurden, es gab und gibt öffentliche Gelder für

- die Umstellung von Heizungsanlagen,
- den Bau von Solarthermischen Anlagen,
- Photovoltaikanlagen
- Wärmedämmung für Gebäude, wobei hier der enorme Zuspruch im letzten Jahr zu erwähnen ist, so dass Bauherren auf die Verabschiedung des Haushaltes für 2008 warten, weil die Maßnahmen schon realisiert sind, aber die Zuschüsse noch auf sich warten lassen

- Ökologisches Bauen,
- Errichtung von Passivhäusern. Hier wollen wir ebenfalls nicht unerwähnt lassen und das passt sich ein in die Ausführungen über nachhaltiges Wirtschaften von Kommunen eingangs, dass der Kunst- und Musikpavillons am Gymnasium auf Betreiben der GRÜNEN in Passivhausbausweise errichtet wurde
- Pelletheizungen

Meine Damen und Herren,

Bündnis 90/Die Grünen stimmen der Verabschiedung des vorliegenden Haushaltsplans für das Jahr 2008 zu und schließen uns dem Dank der Vorredner an die in Walldorf ehrenamtlich tätigen Personen und Gruppen und an unsere Steuerzahler an.

Wilfried Weisbrod,

Fraktion Grüne